

Antrag

Bearbeitung: Claudia Burgdorf (E-Mail: claudia.burgdorf@luebeck.de Telefon: 122-1071)

Dringlichkeitsantrag Die Unabhängigen: Kein freigemessener Bau- schutz aus Kernkraftwerken nach Niemark

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.09.2020	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

1. Die Bürgerschaft bekräftigt den Beschluss vom 28.11.2019, keine freigemessenen Abfallstoffe aus Atomkraftwerken in Niemark einzulagern.

2. Der Bürgermeister wird aufgefordert, schnellstmöglich Schritte zu unternehmen, um einer Zwangsdeponierung von Abfallstoffen aus Atomkraftwerken entgegen zu wirken. Der Bürgermeister soll der Bürgerschaft in der Sitzung im November berichten, welche rechtlichen Schritte dagegen möglich sind.

3. Der Bürgermeister wird aufgefordert, die Öffentlichkeit im Rahmen einer Informationsveranstaltung noch im November umfassend über die drohende Zwangsdeponierung von Abfallstoffen in Niemark zu informieren.

Der Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass die Zwangsdeponierung in Niemark von freigemessenen Abfallstoffen aus dem Rückbau von Atomkraftwerken bestätigt wurde. Die Lübecker Bürgerschaft lehnte dies entschlossen ab (VO/2019/08174-01-01)

Anlagen:

Vorsitzende/r
Fraktion Die Unabhängigen